

Wie halten wir es mit Amerika? Die transatlantischen Beziehungen, die Konstruktion Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ära Kohl

Von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

1. Einführung

Helmut Kohl und François Mitterrand sind als zwei große Europäer in die Geschichte eingegangen, weil sie es vorbildlich verstanden, die oft gegenläufigen Interessen ihrer beiden Länder in tragfähige Kompromisse einzubinden, die nicht nur die deutsch-französische Freundschaft substantiell weiter verstärkten, sondern auch die europäische Integration vorantrieben und vertieften. Dieses schmeichelhafte Bild übergeht aber Problemlagen und Politikfelder, in welchen solch ein konstruktives Vorgehen nicht bzw. nur begrenzt möglich war. Die transatlantischen Beziehungen unter den Tandems Kohl/Mitterrand (1982–1995) und Kohl/Chirac (1995–1998) gehören mit Sicherheit zu den Bereichen, in welchen die beiden Staatsspitzen trotz aller sonstiger Übereinstimmung nicht zu einem Konsens finden konnten. Denn auf die Frage: „Wie halten wir es mit Amerika?“ gaben Paris und Bonn lange Zeit deutlich unterschiedliche Antworten. In der Tat, die Beziehungen, die diesseits und jenseits des Rheins zur westlichen Vormacht USA gepflegt wurden, die Stellung, die man den Vereinigten Staaten im internationalen System einräumte, und die Rollenkonzeption, die man für sich selbst und für Europa im Verhältnis zum transatlantischen Partner verfolgte, waren deutlich gegenläufig. Während Paris im angesprochenen Zeitraum trotz des eigenen Bedeutungsverlusts und vielfältiger Zugeständnisse an Washington an der Vision einer eigenständigen, unabhängigen und bedeutenden internationalen Rolle für Frankreich und Europa festhielt, pflegte die Bundesrepublik Deutschland unter Helmut Kohl – auch nach dem Vollzug der deutschen Einheit und dem damit verknüpften Statusgewinn – weiterhin den außenpolitischen Duktus und das Rollenkonzept einer sich selbst beschränkenden Zivilmacht; auch hielt man in Bonn an der Maxime der doppelten Westbindung fest, die in der Sicherheitspolitik im Zweifelsfalle den USA und der NATO den Vorrang vor Paris und Europa einräumte. *In dubio pro USA* hieß die Devise. „Oberste Maxime der deutschen Außenpolitik war es seit je gewesen, sich nicht zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen und jede derartige Situation nach Kräften zu vermeiden“ schreibt Hanns W. Maull. „Wo sich diese Klippe nicht umschiffen ließ, hatte sich die deutsche Außenpolitik jedoch zu Zeiten des Kalten Kriegs im Zweifelsfall hin

zu den USA orientiert.“¹ Paris wusste das und hatte spätestens nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne gelernt, es hinzunehmen.

Im Jahr 2003 und im Vorfeld des Krieges der Angelsachsen gegen den Irak hat die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder anders entschieden. Mit ihrer klaren, in dieser Form erstmaligen Positionierung gegen die USA und der außerordentlich starken Anlehnung an Frankreich hat die damalige Bundesregierung einen wahrhaften Tabubruch begangen, der von vielen Kommentatoren hart kritisiert worden war.² Und in der Tat ist mit diesem höchst markanten Abweichen von den tradierten Positionen bundesdeutscher Außenpolitik eine neue Ära in den deutsch-amerikanischen Beziehungen eingeleitet worden, deren konkrete Konturen allerdings erst noch gefunden werden müssen. Diesbezüglich hat die seit November 2005 regierende Große Koalition noch keine eindeutige Positionierung erkennen lassen, nur eins ist klar: Ein Zurück zum Status quo ante wird es nicht geben.³

Wenn Schröder mit der Entscheidung, im Schulterschluss mit Frankreich gegen die USA aufzutreten, den klassisch bundesdeutschen „Spagat“ zwischen Paris und Washington aufgab, so ist im Rückblick auf die Ära Kohl zu fragen, warum es dem damaligen Kanzler gelang, eine Politik des „Entweder-oder“ zu vermeiden und eine Politik des „Sowohl-als-auch“ durchhalten zu können.⁴ Es wird mitunter suggeriert, dass Kohl in dieser heiklen Aufgabe des Ausgleichs zwischen den beiden anspruchsvollen und fordernd auftretenden Partnern – hier die Welt- und Schutzmacht USA, dort der engste Freund Frankreich – nicht zuletzt durch eine im Vergleich zu Schröder ausgefeiltere Regierungskunst reüssiert habe.⁵ Demgegenüber vertrete ich die These, dass zu Kohls Amtszeiten die Lage nicht so war, dass die deutsche Priorität des *in dubio pro USA* ernsthaft in Frage gestellt wurde. Das lag zuvörderst an den weltpoliti-

1 Hanns W. MAULL u.a. (Hg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998–2003*, Baden-Baden 2003, S. 10.

2 Vgl. Christian HACKE, *Deutschland, Europa und der Irakkonflikt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24–25 (2003), S. 8–16; DERS., *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33 (2005), 9–15, hier S. 10, 14; Karl-Heinz KAMP, *Deutschland, Europa und die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen*, in: Reinhard MEIER-WALSER (Hg.), *Gemeinsam sicher? Vision und Realität europäischer Sicherheitspolitik*, Neuried 2004, S. 249–260; Hanns W. MAULL, „Normalisierung“ oder Auszehrung? *Deutsche Außenpolitik im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (2004), S. 17–23; DERS., *Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck*, in: Manfred G. SCHMIDT/Reimut ZOHLNHÖFER (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006, S. 429; Hans-Peter SCHWARZ, *Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005.

3 MAULL, *Deutschland im Abseits?* (wie Anm. 1), S. 12.

4 DERS., *Die prekäre Kontinuität*, (wie Anm. 2), S. 425.

5 Vgl. HACKE, *Außenpolitik* (wie Anm. 2), S. 9ff.; MAULL, *Deutschland im Abseits?* (wie Anm. 1), S. 15; DERS., *Die prekäre Kontinuität* (wie Anm. 2), S. 441.

schen Konstellationen; aber auch die Angebote, die Paris zur Gestaltung der transatlantischen Beziehungen und zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Rolle des integrierten Europas vorlegte, brachten Kanzler Kohl zumindest bis zur Zeitenwende von 1989/1990 nie ernsthaft in Versuchung, den tradierten, markant pro-atlantischen Kurs der bisherigen bundesdeutschen Außenpolitik aufzugeben. Doch auch nach 1990 blieb die Geschichte in Gestalt vor allem britischer Blockadepositionen Kanzler Kohl insofern gnädig, als sie ihm nie eine klare Entscheidung abverlangte, wie genau er es mit dem Bekenntnis zu einem außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähigen Europa und damit auch mit Amerika hielt.

2. Frankreichs Amerikapolitik vor 1990 – zu anti-hegemonial für Bonn

2.1 Deutsch-französische Inkompatibilitäten

Seit de Gaulles Zeiten haftet der französischen USA-Politik ein sehr deutlich anti-hegemonialer Zug an. Frankreichs Unabhängigkeitsstreben, seine permanente Suche nach einer eigenständigen Rolle in der vom Ost-West-Gegensatz geprägten Weltpolitik, die Utopie der dritten Kraft zwischen den Blöcken, der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO 1966 – all dies zeigte deutlich, dass de Gaulle eine allzu starke US-Hegemonie ablehnte. De Gaulles Nachfolger Georges Pompidou (1969–1974) und Valéry Giscard d'Estaing (1974–1981) hielten trotz mancher Korrekturen an den außenpolitischen Überspanntheiten des Generals an seinem Unabhängigkeitsstreben fest. Weil sie daher der Bundesrepublik keine ernst zu nehmenden Offerten für eine gemeinsame bilaterale oder europäische Außen- und Sicherheitspolitik anboten, blieb der proatlantische Kurs der deutschen Kanzler Brandt (1969–1974) und Schmidt (1974–1982) unangefochten. Selbst der 1969/70 beschlossene Einstieg in eine Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) konnte diesen Kurs nicht in Frage stellen; denn die strikt auf genuine Außenpolitik begrenzte EPZ implizierte keinerlei Loyalitätskonflikte zur NATO und den USA, deren sicherheits- und verteidigungspolitischer Primat voll und ganz gewahrt blieb. Exakt deshalb war es den damaligen Kanzlern möglich, die EPZ massiv zu unterstützen, die als rein zivile außenpolitische Koordinationsinstanz perfekt zum deutschen „low profile“-Ansatz passte. Wenn Frankreich bereits in den 70er Jahren von einem „Europe Puissance“ sprach, so beinhaltete dieses Leitkonzept damals konkret nicht mehr bzw. noch nicht den Aufbau europäischer sicherheits- und verteidigungspolitischer Fähigkeiten.⁶

6 Der Begriff war von Giscard d'Estaing geprägt worden, der das *Europe Puissance* einem *Europe Espace*, also einem lediglich als geographischer Raum verstandenen Europa entgensetzte. Damit drückte VGE seine Befürchtung aus, dass die erste EG-Erweiterung von 1973 zu einer Verwässerung des Integrationsgedankens führen könnte. Vgl. Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden 2004, S. 108.

2.2 Mitterrands sicherheits- und verteidigungspolitische Konzeptionen: Bemühungen um eine Wiederbelebung der WEU

Französische Vorschläge, die den fest an Amerikas Seite verankerten westdeutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kurs etwas abzuschwächen beabsichtigten, erfolgten nach de Gaulles fehlgeschlagener Fouchet-Initiative erneut erst wieder unter François Mitterrand. Das „Trickreiche“ an diesen Vorschlägen war, dass sie im Gewande eines für französische Verhältnisse ausgeprägten Transatlantizismus daherkamen. Angesichts der massiven bundesrepublikanischen Friedensbewegung, die als Folge des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 80er Jahre entstand, fürchtete Paris, dass dieser virulente westdeutsche Pazifismus die Bundesrepublik in die Neutralität treiben könnte, die für Frankreichs Sicherheit höchst bedenklich wäre. Denn trotz aller Unabhängigkeitsgesten wäre Frankreich im Falle einer sowjetischen Aggression auf die NATO als Instrument der kollektiven Verteidigung angewiesen gewesen, diente die umfangmäßig begrenzte *force de frappe* doch ausschließlich der Abschreckung, dem Schutz des territorialen *sanctuaire*. Daher also reiste Mitterrand anlässlich des 20. Jahrestages des Elysée-Vertrages nach Bonn und plädierte am 20. Januar 1983 vor dem deutschen Bundestag vehement für den Nachrüstungsanteil des Doppelbeschlusses, d.h. für die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II-Raketen auf westdeutschem Boden.⁷ Er warnte die BRD auch explizit vor den Gefahren einer Abkoppelung von den USA, neben „neutral-pazifistischen“ meinte er auch antiamerikanische Tendenzen in Deutschland erkennen zu müssen.⁸ Mit seiner famosen Formel „Les pacifistes sont à l'Ouest mais les missiles sont à l'Est“ [Die Pazifisten sind im Westen, die Raketen aber sind im Osten] erwieh er Helmut Kohl einen großen Dienst und ermutigte gleichzeitig die Europäer, sich nicht einschüchtern zu lassen.⁹ Anders als sein Vorgänger Giscard d'Estaing, der wegen Rücksichten auf Moskau in dieser Frage immer recht zurückhaltend gewesen war, unterstützte Mitterrand mithin eindeutig den NATO-Doppelbeschluss und erkannte grundsätzlich die überragende Bedeutung der Allianz für Europas Verteidigung an.

In den Folgejahren stellte Mitterrand gleichwohl wiederholt die Frage nach einer Stärkung der europäischen Verteidigung. Seit Bestehen der Nordatlantischen Allianz ist die Maxime fester Bestandteil der französischen Sicherheitspolitik, dass die USA ihre Funktion als Sicherheitsgarant Europas dann besonders verlässlich erfüllen, wenn Europa eigene und substantielle Vertei-

⁷ Die Rede ist abgedruckt in: Adolf KIMMEL/Pierre JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation*, Opladen 2002, S. 432–436.

⁸ Valérie GUÉRIN-SENDELBACH, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Bonn 1993, S. 88.

⁹ Robert TOULEMON, *La Construction de l'Europe (1979–1999)*, in: *Politique étrangère* 3 (1999), S. 573–585, hier S. 575.

digungsanstrengungen unternimmt. In der Tat „there has been a permanent tendency within the Euro-Atlantic partnership for the United States to threaten Europe with the dissolution of the Alliance if the Europeans were not perceived to be pulling their weight“.¹⁰ Um solch vermehrte verteidigungspolitische Anstrengungen der Europäer nicht ausschließlich im NATO-Rahmen zu belassen, hat Frankreichs politische Klasse daher „in unregelmäßigen Abständen“ immer wieder die WEU als hierfür geeignete Plattform ins Spiel gebracht.¹¹ So plädierte Mitterrand nach der Nachrüstungsdebatte vehement für eine Wiederbelebung der seit vielen Jahren im Dornröschenschlaf versunkenen WEU. Es gelang ihm, die Außen- und Verteidigungsminister der WEU im Oktober 1984 zu der „Erklärung von Rom“ zu veranlassen, in der die Aktivierung des europäischen Verteidigungsbündnisses zugesagt wurde. Doch versandete diese Initiative bald; zum einen, weil Frankreichs WEU-Partner an einer Infragestellung des sicherheitspolitischen NATO-Monopols wenig Interesse hatten und sich nicht entscheiden konnten, was das geringere Übel war, „defence integration or US hegemony“.¹² Zum anderen, weil Mitterrand angesichts dieses sehr verhaltenen Engagements seiner WEU-Partner die nötige Hartnäckigkeit vermissen ließ.¹³ Doch wenn in der Erklärung vom 27. Oktober 1984 die genaueren Konturen der angesprochenen WEU-Reaktivierung ungeklärt blieben, so war dies vor allem grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten geschuldet. Denn während „die meisten WEU-Staaten die Schaffung eines europäischen Pfeilers in der NATO präferierten“, wollte „Frankreich eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität schaffen“¹⁴ – so zumindest die vorherrschende Perzeption.

Parallel zu seinem WEU-Vorstoß trat Mitterrand auch für ein sicherheitspolitisches „Bündnis im Bündnis“ ein, also für eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Mitterrand hatte bereits mit Kanzler Schmidt anlässlich des binationalen Gipfels vom Februar 1982 eine Aktivierung jener Passagen des Elysée-Vertrages zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik eingeleitet, die seit der Enttäuschung de Gaulles über die Präambel des Deutschen Bundestags ungenutzt geblieben wa-

10 Jolyon HOWORTH, *European integration and defence. The ultimate challenge?* (Chaillot Papers Nr. 43, Institute for Security Studies), Paris 2000, S. 10.

11 Kai BURMESTER, *Atlantische Annäherung – Frankreichs Politik gegenüber der NATO und den USA*, in: Hanns W. MAULL/Michael MEIMETH/Christoph NESSHÖVER, (Hg.), *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen 1997, S. 92–112, hier S. 109.

12 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 11.

13 Pascal BONIFACE, *François Mitterrand et la construction européenne. La politique française de sécurité*, in: Samy COHEN (Hg.), *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris 1998, S. 186ff.

14 Wichard WOYKE, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, Opladen 2004, S. 157.

ren. Ab Oktober 1982 trieb er dann mit Kanzler Kohl deren Institutionalisierung weiter voran. Diese wurde allerdings erst Anfang 1988 vollendet, als zur Zelebrierung des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages der 1982 geschaffene Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen in den Rat für Verteidigung und Sicherheit überführt und die deutsch-französische Brigade aufgestellt wurde.¹⁵ Die Einsatzbedingungen der Brigade waren so ausgestaltet, dass sie als materialisierter Beweis sowohl der Unabhängigkeit als auch der Kooperation zwischen Europa und NATO interpretiert werden konnten¹⁶ – entsprechend argumentierte die französische bzw. die deutsche Lesart.

Kohls Bereitschaft, mit Mitterrand solch ein „Bündnis im Bündnis“ einzugehen, ist ein markantes Beispiel seiner „Sowohl-als-auch“-Politik: Während die Schaffung der deutsch-französischen Brigade Mitterrand wenigstens ansatzweise zufriedenstellen konnte, erlaubten die konkreten Einsatzregeln es dem Kanzler zugleich, jegliche Infragestellung des sicherheits- und verteidigungspolitischen Monopols der NATO zu umgehen. Auch an der deutschen Position in der äußerst strittigen Debatte über Ronald Reagans SDI-Initiative ließ sich Kohls Atlantizismus zweifelsfrei ablesen. So verweigerte er seinem Freund Mitterrand die Gefolgschaft, als jener Ende 1984 das europäische Technologieprogramm EUREKA lancierte, das als Antwort auf das von Frankreich bekämpfte SDI-Programm zu verstehen ist. Beispielsweise lehnte die BRD die Mitarbeit am Projekt Hermes sowie an Entwicklung und Bau eines Beobachtungssatelliten ab, beides Bestandteile der europäischen technologischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich.¹⁷ Denn in den Zeiten des anhaltenden Ost-West-Konflikts wollte Kohl jegliche Brüskierung der USA durch sicherheits- und verteidigungspolitisches Emanzipationsstreben à la française vermeiden. Mit seinem Drängen auf eine unabhängigere europäische Verteidigung blieb Frankreich unter Mitterrand somit der „einsame Rufer in der Wüste“.¹⁸

15 Vgl. GUÉRIN-SENDELBACH, *Ein Tandem für Europa?* (wie Anm. 8), S. 90; KIMMEL/JARDIN (wie Anm. 7), S. 238–247, 279–281. – Deutschland war die Bereitschaft zum Bündnis im Bündnis dadurch erleichtert worden, dass Mitterrand 1987 versicherte, französische Atomwaffen niemals auf deutschem Boden einzusetzen. Vgl. Hubert VÉDRINE, *Face à l'hyperpuissance. Textes et discours 1995–2003*, Paris 2003, S. 71.

16 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 180.

17 Vgl. Henri MÉNUDIER, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1985*, Bonn 1986, S. 346–352, hier S. 351; MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6) 2004, S. 75f.

18 Michael MEIMETH, *Sicherheitspolitik zwischen Nation und Europa. Deutsche und französische Perspektiven*, in: DERS./Joachim SCHILD (Hg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration*, Opladen 2002, S. 231–248, hier S. 232.

3. Ende des Ost-West-Konflikts: Aufbruch zu neuen sicherheitspolitischen Ufern?

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, dem Vollzug der deutschen Einheit 1990 – die Frankreich zunächst zu verhindern bzw. zumindest zu verzögern versuchte¹⁹ – und dem Untergang der Sowjetunion 1991 ergaben sich vollkommen neue Rahmenbedingungen für die transatlantischen Beziehungen. Frankreich unter Mitterrand erkannte die neue historische Chance, nun ein „Europe Puissance“ zu verwirklichen. Der Wegfall der sowjetischen Bedrohung und damit des westeuropäischen Reflexes, sich unter dem US-Nuklearschuttschild zu versammeln, eröffnete aus Pariser Sicht ein *window of opportunities*, das durch zwei zusätzliche neue Faktoren noch weiter aufgestoßen wurde. Erstens schien es Frankreich ratsam, die volle außenpolitische Souveränität, die Deutschland durch die Vereinigung wiedererlangt hatte, in einem im Vergleich zur EPZ verstärkten europäischen außenpolitischen Rahmen einzuhegen; dadurch wollte man auch in Zukunft deutsche Alleingänge und Sonderwege ausschließen.²⁰ Aus strategischer Sicht ergab sich zweitens die Notwendigkeit, Europa zu einem international gewichtigen Akteur auszubauen, aus der Gefahr heraus, dass es angesichts der veränderten internationalen Rahmenbedingungen zu einem US-amerikanischen Disengagement in Europa kommen könnte.

Es stellt sich folglich die Frage, ob diese radikal neuen Gegebenheiten das deutsch-französische Tandem dazu veranlassten bzw. es ihm ermöglichten, nun endlich den Aufbau eines politischen, auch außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähigen Europas anzugehen, kurz ein „Europe Puissance“ auf die gemeinsame europapolitische Agenda zu setzen? Aus der ex-post-Betrachtung ist diese Frage eindeutig zu verneinen: Ausgeprägte Kontinuitäten sowohl links wie rechts des Rheins verhinderten diesen – im Grunde so notwendigen – Aufbruch zu neuen sicherheitspolitischen Ufern. Weil in den unmittelbar auf die Zeitenwende folgenden Jahren weder Frankreich noch Deutschland mit radikalen Politikwechseln auf die radikal neuen internationalen Gegebenheiten reagierten, ließ sich das *window of opportunities* (noch) nicht zur gemeinsamen Neugestaltung der euro-atlantischen Beziehungen nutzen. Der französische Part an dieser verpassten Chance lässt sich an Mitterrands NATO-Politik aufzeigen, die trotz gewisser innovativer Veränderungen und Anpassungen noch immer zu anti-hegemonial war, um Kohls Zustimmung

19 Jacques ATTALI, *Verbatim III. Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995; Stefan BIERLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, Opladen 2005, S. 153f.

20 Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europapolitik als Staatsraison*, in: SCHMIDT/ZOHLNHÖFER (wie Anm. 2), S. 467–490, hier S. 475f.

zu erlangen. Dabei kann man dem Altkanzler den Vorwurf nicht ersparen, dass er die zukunftsgerichteten Aspekte der Mitterrandschen Politik wohl nicht recht erkannte. Denn die NATO-Politik des Staatspräsidenten nach 1990 war weniger am Jahr 1966 – als de Gaulles Frankreich die NATO verließ – orientiert, als auf „den Horizont nach 2000“ ausgerichtet.²¹

3.1 Mitterrands doppelgleisige NATO-Politik

In der Tat war Mitterrands *post-cold-war*-NATO-Politik nicht auf den ersten Blick lesbar und führte somit zu Missverständnissen, die ihm den Vorwurf der Ambiguität einbrachten.²² Zugegebenermaßen war die NATO-Politik der Sphinx – als solche wurde Mitterrand wegen seiner Unergründlichkeit, Doppeldeutigkeit und der geheimnisvollen Aura, die ihn stets umgab, oft bezeichnet – zumindest zweigleisig. Zum einen war Mitterrand daran gelegen, die USA und die NATO langfristig an Europa zu binden. Zum anderen wollte er gleichzeitig die strategische Handlungsfähigkeit und Autonomie Europas stärken. Das mag doppelgleisig sein – einen Widerspruch stellt diese zweifache Zielsetzung dennoch nicht dar. Vielmehr blieb Frankreich damit seiner – bereits erwähnten – *Maxime* treu, dass nur vermehrte europäische Verteidigungsanstrengungen die USA langfristig im nordatlantischen Bündnis halten könnten.²³ „Der Aufbau einer weitgehenden strategischen Autonomie Westeuropas erschien den Regierenden in Paris damals ... als der einzig mögliche Weg, um das zu erwartende amerikanische Disengagement aufzufangen und zugleich eine entsprechende Risikovorsorge gegen mögliche militärische Eventualfälle zu schaffen.“²⁴ Trotz einiger weitblickender, ja visionärer Konnotationen verblieb dieser Politikansatz aber größtenteils in altbekannten Bahnen, so dass er sich nicht durchsetzen konnte.²⁵

3.1.1 Bittere Lektionen: Der Golf-Krieg und der kriegerische Zerfall Jugoslawiens

Vor allem der Golfkrieg 1991 und Europas krasse Handlungsunfähigkeit in der Jugoslawienfrage hatten Mitterrand die Unverzichtbarkeit der amerikanischen Militärkapazitäten drastisch vor Augen geführt.

Nachdem Mitterrands intensive Versuche, nach dem Überfall des Irak auf Kuwait die Krise – nicht zuletzt auf der Grundlage der engen franko-irakischen

21 So BONIFACE (wie Anm. 13), S. 174.

22 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 104; HOWORTH (wie Anm. 10), S. 15.

23 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 10.

24 Michael MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO – Alter Wein in neuen Schläuchen?* In: *Frankreich-Jahrbuch 1998*, Opladen 1998, S. 171–190, hier S. 174.

25 „Alter Wein in neuen Schläuchen“ meint dazu Meimeth (EBD. S. 171) eher abwertend.

Beziehungen – friedlich, d.h. auf diplomatischem Wege zu bereinigen, gescheitert waren, schwenkte Frankreich auf den Kurs seiner Partner ein und trug die Verabschiedung der UN-Resolution 678 vom 29. November 1990 und das damit verknüpfte Ultimatum an Saddam Hussein mit. Als es dann im Januar 1991 zum Krieg kam, beteiligte sich Frankreich mit 14.500 Soldaten an den Kampfhandlungen. Trotz ostentativen Betonens der Eigenständigkeit des französischen Kontingents operierte dieses de facto unter amerikanischem Oberbefehl.²⁶ Im Kriegsverlauf musste Frankreich die Abhängigkeit und Unterlegenheit der eigenen militärischen Fähigkeiten im Vergleich zu den amerikanischen, vor allem in der Logistik und Aufklärungstechnologie, bitter erfahren. Zwar erklärte Mitterrand in seiner Fernsehansprache zur Beendigung des Golfkriegs 1991 „im Tone de Gaulles, Frankreich habe es durch mutigen Einsatz verstanden, ‚seine Rolle und seinen Rang‘ in der Welt zu wahren“; doch die Lehren des Golfkriegs – so Robert Picht weiter – stellten „das Grundkonzept französischer Sicherheits- und Rüstungspolitik nach dem Prinzip der nationalen Unabhängigkeit, also das Erbe de Gaulles selbst, in Frage. Trotz eines Landheeres von 280.000 Soldaten konnte Frankreich nur eine Division von 12.000 Mann an den Golf entsenden; die übrigen Truppen waren entweder für einen solchen Einsatz ungeeignet oder durch militärische Präsenz in Schwarzafrika gebunden.“²⁷ „France’s experience of participating in a multinational force commanded by a US general under NATO procedures for interoperability was both humiliating and revealing – particularly for the military. Any illusion which might have remained about France’s (and Europe’s) capacity to underwrite the collective security of the Continent were shattered in the Saudi Arabian desert.“²⁸ Daher kann der Golf-Krieg als „der Wendepunkt in der französischen NATO-Politik“ gewertet werden.²⁹ Als sich ab 1993 ein NATO-Engagement im zerfallenden Jugoslawien anbahnte, festigte sich in Frankreich die Erkenntnis, „dass eine Annäherung an die NATO wie auch eine bedingte NATO-Re-Integration Frankreichs seinen Einfluss in diesem Bündnis vergrößern könnte“.³⁰

3.1.2 Mitterrands Kampf gegen eine NATO-Allmacht in Europa

Parallel zur Ein- und Unterordnung der französischen Verbände in die NATO-Operationen der frühen 90er Jahre und zur bedingten Re-Integration in deren Strukturen zum Zwecke vermehrter Mitsprache setzte sich Mitterrand jedoch

26 Vgl. Denis LACORNE, *Le rang de la France: Mitterrand et la guerre du Golfe*, in: COHEN (wie Anm. 13), S. 339–346.

27 Robert PICTH, *Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen 1991, S. 9–31, hier S. 16.

28 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 18.

29 BURMESTER, (wie Anm. 11), S. 102.

30 WOYKE (wie Anm. 14), S. 135.

gegen einen allzu umfassenden Bedeutungszuwachs der Nordatlantischen Allianz kräftig zur Wehr. Denn der Staatspräsident wollte – und hierin drückt sich erneut die Zweigleisigkeit seiner *post-cold-war*-NATO-Politik aus – vermeiden, dass die Amerikaner sich über den NATO-Hebel zum politischen Führer auch des neuen, vom Sowjetjoch befreiten Europas aufschwingen und damit alle Aussichten auf europäische Selbstbestimmung und (strategische) Autonomie ersticken könnten. So verfolgte er beim Aufbau der nun anstehenden neuen gesamteuropäischen Ordnung das Ziel, den Einfluss der Amerikaner möglichst gering zu halten.

Daher wehrte sich Mitterrand zunächst gegen die seit 1991 in Angriff genommene Funktionsausweitung der NATO. „Mißtrauisch hatte man in Paris ... zu Beginn der 90er Jahre jeden amerikanischen Versuch verfolgt, der NATO um ihres Überlebens willen eine neue, politische Rolle zuzuweisen“. Die US-Strategie, „sowohl die inhaltliche als auch die geographische Reichweite“ der NATO auszudehnen, wurde als Versuch interpretiert „die amerikanische Hegemonie auch unter den neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen fortzuschreiben zu wollen“.³¹ Paris stimmte daher nur widerstrebend und nach längerem Taktieren dem NATO-Beschluss vom Juni 1992 zu, dass die Allianz auch KSZE-Mandate³² übernehmen werde.

In seiner Abwehr gegen einen zu großen Machtzuwachs der NATO und mithin der USA verlegte sich Mitterrand mit Nachdruck auf die Forderung, quasi als Ausgleich zu diesen ungeliebten Entwicklungen die Rolle von EG, KSZE und auch WEU aufzuwerten.³³ Mit der Überantwortung der sicherheitspolitischen Neuordnungsaufgaben an die KSZE sollte nach Mitterrands Plänen zum einen die Einbindung des „unentbehrlichen“ amerikanischen Beitrags zur Sicherheitsgewährleistung in Europa erreicht, zum anderen aber zugleich auch der Einflussausweitung der NATO auf Mittel- und Osteuropa ein Riegel vorgeschoben werden. Damit stellte sich Mitterrand sehr bewusst dem amerikanischen Ansinnen entgegen, die neue Lage mit einem „neuen Atlantizismus“ zu bewältigen, ein Konzept von US-Außenminister James Baker, „das in Paris als ein erster Versuch interpretiert wurde, die überkommene amerikanische Hegemonie in Europa fortzuschreiben“.³⁴ Im Rahmen dieser Abwehrstrategie

31 MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 177.

32 Mit der Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ bekräftigten die 34 KSZE-Staaten im November 1990 die Zielsetzung der Organisation neu und verpflichteten sich untereinander auf die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, des demokratischen Pluralismus und der Förderung der Beziehungen. Im Dezember 1994 erfolgte die Umbenennung in OSZE.

33 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 175.

34 Michael MEIMETH/Christoph NESSHÖVER, *Die gesamteuropäische Dimension französischer Sicherheitspolitik. Mitterrands Konföderationsprojekt und Balladurs Stabilitäts-pakt*, in: MAULL u. a. (Hg.); *Die verhinderte Großmacht* (wie Anm. 11), S. 157.

brachte Mitterrand insbesondere die WEU, deren Wiederbelebung ihm 1984 nicht gelungen war, erneut ins Spiel. Die WEU sollte nach französischer Auffassung – in Kontinuität zu den Konzepten der 80er Jahre – den bewaffneten Arm der Europäischen Gemeinschaft bilden bzw. der seit dem NATO-Gipfel in Rom (Dezember 1991) intensiv diskutierten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) die operative Unterfütterung liefern. Dieses Konzept verfolgte Paris mit größter Hartnäckigkeit.

Auf harsche Kritik aus Paris stieß außerdem die Einrichtung des nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR), die auf eine gemeinsame Initiative von Bundesaußenminister Genscher und seinem US-amerikanischen Kollegen Baker vom Frühjahr 1991 hin erfolgte; im NAKR wurden Sicherheitsanliegen gemeinsam zwischen NATO-Mitgliedern und früheren Gegnern des Bündnisses, also vor allem mit der UdSSR bzw. Russland erörtert. Diese kontinuierlichen Funktionsausweitungen der NATO aber machten „die französischen Hoffnungen auf einen politischen (nicht militärischen!) Bedeutungsverlust der NATO ... zunichte ... Das französische Dilemma ‚US-Truppen ja, US-Einfluss nein‘ blieb auch unter Mitterrand unaufgelöst.“³⁵ Insgesamt aber konnte sich Paris dem Trend der Funktionsausweitung der NATO nicht allzu deutlich widersetzen; dies hätte eine Isolation Frankreichs bedeutet und den nationalen Interessen widersprochen.

So stimmte Frankreich der Schaffung des NAKR erst zu, „als auch gewährleistet war, dass die WEU und die EG eigene Kompetenzen in den gleichen Bereichen entwickeln konnten“.³⁶ Weiterhin trug Frankreich die Modernisierungs- und Umbaupläne der NATO erst ab dem Zeitpunkt mit, als von der Europa-freundlichen Clinton-Administration der Ansatz, den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken, energisch unterstützt wurde. Der Brüsseler NATO-Gipfel vom Januar 1994 bestätigte die Zielsetzung, eine europäische Verteidigungsidentität innerhalb der Allianz zu schaffen sowie multinationale Verbände aufzustellen.³⁷ Obleich die endgültige Beschlussfassung zum Combined Joint Task Forces-Konzept erst 1996 auf dem Berliner NATO-Gipfel erfolgte – und damit jenseits der Ära Mitterrand – entsprach diese Entwicklung doch dessen Ansinnen und beförderte die Annäherung Frankreichs an die NATO ganz wesentlich.

Außerdem konnte Mitterrand die sog. Petersberg-Erklärung der WEU-Außen- und Verteidigungsminister vom 19. Juni 1992, die der WEU erstmals konkrete militärisch-operative Aufgaben auch außerhalb des NATO-Gebietes übertrug, als Erfolg verbuchen. Als Interventionsspektrum der WEU wurden humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie

35 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 94, 104.

36 WOYKE (wie Anm. 14), S. 134.

37 MEIER-WALSER (wie Anm. 2), S. 31.

Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen definiert. Die operativen Kapazitäten sollten den integrierten Strukturen der NATO entnommen werden. Diese Einheiten würden im Bedarfsfall nach dem Prinzip der doppelten Zuordnung sowohl der WEU als auch der NATO unterstellt sein. „Diese Form eines ‚double hatting‘ ging auf den kurz vor dem Petersberger Treffen veröffentlichten Vorschlag des britischen Verteidigungsministers Malcolm Rifkind zurück, alle europäischen multinationalen Verbände (womit er vor allem auf das Eurokorps abzielte) unter NATO- und WEU-Kontrolle zu stellen.“³⁸ Für Paris aber war die Petersberger-Erklärung insofern ein Erfolg, als sie eine „regionale Entgrenzung der militärischen Aufgaben der WEU“ beinhaltete und damit „die WEU zumindest auf deklaratorischer Ebene der NATO auch im Hinblick auf die Aufgabe der kollektiven Selbstverteidigung gleichgestellt worden ist“.³⁹

Mitterrand verfolgte das Ziel der Aufwertung der WEU also mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit. Gleichwohl bleibt die Frage offen, ob er tatsächlich über ein kohärentes Konzept zur Ausgestaltung der anvisierten strategischen Autonomie Europas und zum künftigen Verhältnis von NATO und WEU verfügte.

3.1.3 Begrenzte Annäherung Frankreichs an die NATO-Strukturen

Insgesamt sind die offensichtlichen Ergebnisse der Golf- und Jugoslawienkriege in einer deutlichen Annäherung Frankreichs an die NATO-Strukturen zu sehen. Nachdem Verteidigungsminister Pierre Joxe 1993 erklärt hatte, dass Frankreich „in den entscheidungsfällenden Gremien anwesend sein müsse ... in denen ... über unsere Sicherheit entschieden wird“⁴⁰, nahm Paris ab April des selben Jahres „wieder uneingeschränkt an der Arbeit des NATO-Militärausschusses teil.“⁴¹ Joxe' Nachfolger, François Léotard, ab Mitte 1993 Verteidigungsminister in der konservativen (Kohabitations-)Regierung Balladur,⁴² forcierte diesen Annäherungsprozess weiter, u.a. indem er intensiv den Einstieg der NATO in die sog. Out-of-area-Einsätze unterstützte. Auch nahm Léotard persönlich an einem informellen Treffen der NATO-Verteidigungsminister teil.⁴³ Doch obwohl einige damals gar die vollständige Rückkehr Frankreichs in die NATO-Strukturen erwartet hatten,⁴⁴ blieb es unter Mitter-

38 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 110.

39 MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 175.

40 Zit. in BURMESTER (wie Anm. 11), S. 101.

41 WOYKE (wie Anm. 14), S. 135.

42 1993 kam es zur zweiten Kohabitation. Mitterrand ernannte Edouard Balladur zum Premierminister. Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 53f.

43 WOYKE (wie Anm. 14), S. 136.

44 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 19.

rand bei dieser insgesamt begrenzten Re-Integration. Mitterrand wollte Amerikaner und Europäer der französischen NATO-Unterstützung versichern und den Eindruck vermeiden, dass Frankreich den Untergang der UdSSR zum Anlass nehmen könnte, die transatlantischen Beziehungen lockern zu wollen; „denn dies hätte lediglich dazu geführt, dass die anderen Europäer in Schreckstarre verfallen wären“.⁴⁵ Weiter aber wollte sich Mitterrand nicht auf die NATO einlassen. Hier wird erst Chirac einige Schritte weiter gehen.

3.2 Mitterrands Konföderationsprojekt

Dennoch verfolgte Mitterrand bei der Suche nach den künftigen gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen, die es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufzubauen galt, dezidiert auch eigene Wege. Sein Ansinnen, dabei den Einfluss der Amerikaner möglichst gering zu halten, schlug sich zunächst besonders deutlich in seiner Politik gegen die von der sowjetischen Herrschaft befreiten mittel- und osteuropäischen Staaten gegenüber nieder. Diese wollte er in eine Konföderation mit dem integrierten EG-Europa einbinden, die der Verwirklichung sowohl seiner integrationspolitischen Schwerpunkte als auch seines – nun gesamteuropäischen – Autonomiestreben dienen sollte.⁴⁶

So lancierte der große Taktiker Mitterrand in seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 erstmals das Projekt einer Europäischen Konföderation, die einen recht lockeren Rahmen für die gesamteuropäische Vereinigung abgeben und somit die Völker Mittel- und Osteuropas für einen längeren Zeitraum vor den Toren des solide gebauten westeuropäischen Hauses der EG/EU belassen sollte. Mitterrand sprach konkret von zwei Schritten, die nach dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa nun zu ergreifen seien. Zum ersten müsse die Zwölfer-Gemeinschaft ihre Strukturen unbedingt festigen; zum zweiten müsste ein Rahmen geschaffen werden, in dem Gesamteuropa sich wiederfinden und die in einem halben Jahrhundert der Trennung entstandene Distanz überwinden könnte. Diese Konföderation sollte nach Mitterrands Vor-

45 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 174.

46 Ursprünglich hatte Mitterrand – unter Mithilfe Jacques Attali übrigens – das Konzept der Europäischen Konföderation entwickelt, um eine Lösung für die deutsche Frage vorzuschlagen. In seiner Rede vor Leipziger Studenten anlässlich seiner umstrittenen DDR-Reise im Dezember 1989 hatte Mitterrand daher Formen der deutschen Einheit angesprochen, die diesen Vorstellungen entsprachen; er könne sich „eine Föderation oder Konföderation“ vorstellen, „alle Formen der Einheit ohne die Form der Vereinigung in der Einheit“ (zit. in: Ernst WEISENFELD, *Frankreich und Mitteleuropa. Der Plan für einen europäischen Stabilitätspakt*, in: DERS./Ingo KOLBOOM, *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn 1993, S. 167–179, hier S. 171). Nachdem die deutsche Frage bekanntermaßen auf andere Art gelöst wurde, versuchte Mitterrand, das Konföderationskonzept auf die MOE-Staaten anzuwenden. Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 142–146.

stellungen allen europäischen Ländern, Russland inbegriffen, ein Forum bieten, auf welchem sie nach intergouvernementalem Muster in Bereichen, die einer multilateralen Lösung bedürfen, zusammenarbeiten könnten; konkret sprach Mitterrand Wirtschaft, Kultur und Technik an.

Auch beim Konföderationsprojekt wird die strategische Finesse der Sphinx sichtbar: Denn das Projekt verfolgte einerseits die Abwehr eines allzu schnellen EG/EU-Beitritts der MOE-Staaten – hier sprach Mitterrand von „des dizaines et dizaines d’années“ [Jahrzehnte und Jahrzehnte], die vergehen würden, bis die mittel- und osteuropäischen Staaten für einen Beitritt reif wären –, während es andererseits auch der Abwehr amerikanischer Hegemonieansprüche diene. In der Tat versuchte Mitterrand, solange er Frankreichs Europapolitik maßgeblich bestimmte, d.h. bis 1993, eine EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten zu verhindern. „Für Frankreich ... besaß die Vertiefung der Integration eindeutig Priorität vor einer Erweiterung der Gemeinschaft.“⁴⁷ Denn Mitterrand befürchtete, dass die Staaten des „anderen“ Europas eine Gefährdung für den erreichten Integrationsstand und eine Behinderung für mögliche weitere Integrationsschritte insbesondere in der Währungs- sowie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellen könnten.⁴⁸ Außerdem würde eine Osterweiterung das geographische Zentrum der EG/EU zuungunsten Frankreichs verschieben, Deutschland zur Zentralmacht dieses neuen Europas machen und somit insgesamt den Führungsanspruch Frankreichs in Frage stellen.

Wenn Robert Picht das Mitterrandsche Konföderationskonzept als den „spektakulärsten Versuch eigenständiger französischer Initiativen bei der Neuordnung Europas“ bezeichnet,⁴⁹ so deshalb, weil der Staatspräsident hiermit nicht nur baldige EG/EU-Beitritte der MOE-Staaten verhindern, sondern zugleich auch eine gewisse Korrektur der europäischen Nachkriegsordnung, eine Überwindung der Ordnung von Jalta vornehmen wollte. Dass Mitterrand hier eindeutig die Absicht verfolgte, gesamteuropäische Strukturen aufzubauen, die dem amerikanischen Einfluss weitgehend entzogen bleiben sollten, ist offensichtlich. Dies zeigte sich deutlich an seinen Plänen zur Verknüpfung des Konföderationsprojekts mit der KSZE; um die künftigen gesamteuropäischen Strukturen auch sicherheitspolitisch abzufedern und um den dringenden Bedürfnissen der mittel- und osteuropäischen Staaten entgegenzukommen, sah Mitterrand eine substantielle Aufwertung der KSZE vor. Denn wie schon aus-

47 WOYKE (wie Anm. 14), S. 36.

48 Florence DELOCHE-GAUDEZ, *Frankreichs widersprüchliche Positionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET (Hg.), *Europäische Außenpolitik. Die GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten*, Baden-Baden 2002, S. 120–133, hier S. 121.

49 PICHT (wie Anm. 27), S. 12.

geführt, wehrte sich Frankreich prinzipiell gegen allzu großzügige Funktionsausweitungen der NATO und wollte sie durch die stärker europäisch bestimmte KSZE ersetzen. Dies implizierte u.a. seinen Widerstand gegen KSZE-Mandate für die NATO.

Mitterrands Konföderationsprojekt scheiterte letztlich vor allem an den Sicherheitsbedürfnissen der MOE-Staaten;⁵⁰ dennoch ist zu fragen, ob und wie Mitterrand den mit diesem Projekt erhobenen Anspruch auf europäische – auch sicherheitspolitisch zu verstehende – Selbstbestimmung materiell unterfüttern wollte.

3.3 Hatte Mitterrand eine Blaupause für ein sicherheitspolitisches Europe Puisseance?

Diese Frage wird in der Literatur unterschiedlich beantwortet. Manche Autoren suggerieren, dass Frankreich den Aufbau von eigenständigen, auf der WEU basierenden, europäischen Verteidigungskapazitäten außerhalb der NATO angestrebt habe.⁵¹ Andere argumentieren, dass diese Interpretation nicht ausreichend abgesichert ist.⁵² Howorth vermerkt, dass solche Überlegungen zwar durchaus angestellt wurden, betont aber zugleich, dass dies nie Eingang in die offiziellen französischen Positionen gefunden hat und dass sich dafür auch keinerlei belastbare Belege finden lassen. Er lehnt daher Menons Aussage, dass Frankreich versucht habe, in Konkurrenz zur NATO rein europäische Sicherheitsstrukturen aufzubauen, als hypothetische Behauptung zurück.⁵³ Unter Verweis auf den „equivocal“ Strategen Mitterrand kann er lediglich „an aspiration towards an ever greater security (and possibly, in the longer term defence) role for the European Union“ erkennen, „probably via WEU, but with no hard and fast notion as to how far this could go or what institutional/political shape it might assume“.⁵⁴ Dass Frankreichs Position aus dieser Zweideutigkeit nie ganz heraus fand, führt er vor allem auf die schlichte Tatsache zurück, dass in den unmittelbar auf die Zeitenwende folgenden Jahre „... nobody had a blueprint for anything“.⁵⁵ Mitterrands Äußerungen vom April 1991, in einer Rede vor der Ecole supérieure de guerre, stützen diese Sichtweise. Hier erklärte der Präsident: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt und noch für lange Jahre

50 Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 145f.

51 Joachim SCHILD, *Frankreich und die Europäische Union. Außen- und Sicherheitspolitik im EG-Rahmen?*, in: *Frankreich-Jahrbuch*, Bd. 5, Opladen 1992, S. 79–101, hier S. 90; Anan MENON, *France, NATO and the Limits of Independence 1981–97. The Politics of Ambivalence*, Chippenham 2000, S. 127; WOYKE (wie Anm. 14), S. 158.

52 BONIFACE (wie Anm. 13); HOWORTH (wie Anm. 10).

53 EBD. S. 21.

54 EBD. S. 15.

55 EBD. S. 20.

kann die Verteidigung Westeuropas nur unter Berücksichtigung der Nordatlantischen Allianz gedacht werden.“ Für Mitterrand – so Boniface – „galt es nicht, eine Verteidigungsorganisation zu schaffen, die an die Stelle der NATO treten würde, sondern lediglich darum, die Grenzen der Allianz, ihrer Militärorganisation sowie ihrer geographischen Reichweite zu erkennen, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Europa keine einzige Gelegenheit versäumen darf, sich eine gemeinsame Politik inklusive einer eigenständigen Verteidigung zu geben“. ⁵⁶ Mitterrands Taktik bestand offensichtlich darin, jede sich bietende Gelegenheit zur Stärkung des europäischen Gewichts inner- und außerhalb der NATO zu nutzen, ohne die Allianz ernsthaft in Frage zu stellen. Eine Taktik – und sei sie noch so raffiniert – ist aber noch kein tragfähiges Konzept, keine realistische Blaupause.

Mitterrands Einlenken in Sache Eurokorps-Assignierung im sog. SACEUR-Abkommen vom 21. Januar 1993 kann diese Interpretation der französischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Offenheit bzw. Zweigleisigkeit jener Jahre untermauern – und erinnert in seiner Interpretationsbreite durchaus an die Einsatzregeln der deutsch-französischen Brigade. Das geheime SACEUR-Abkommen trug den französischen Forderungen Rechnung, die das Eurokorps an erster Stelle der EU und erst an zweiter Stelle der NATO zugeordnet wissen wollten. ⁵⁷ „Frankreich gestand hingegen den USA zu, das Eurokorps nicht nur für die europäische Verteidigung, sondern auch für friedenserhaltende Missionen unter das operative Kommando der Allianz stellen zu können.“ ⁵⁸ So wurde im SACEUR-Abkommen festgehalten, dass das Eurokorps als „Teil der NATO-Hauptverteidigungslinie“ unter dem Befehl des SACEUR „an einer Verteidigung der Zentralregion und außerdem als Teil der Krisenreaktionskräfte des Bündnisses im gesamten europäischen Befehlsbereich teilnehmen kann“. ⁵⁹ Dies bedeutet, dass das Eurokorps im Verteidigungsfall oder bei Out-of-Area-Einsätzen der NATO dem alliierten Europa-Oberkommandeur, der immer ein amerikanischer General ist, zugeordnet werden kann, ansonsten aber unterstehen die französischen Verbände des Eurokorps dem nationalen Kommando, die deutschen hingegen der NATO. ⁶⁰

⁵⁶ BONIFACE (wie Anm. 13), S. 176.

⁵⁷ Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 136ff.

⁵⁸ Valérie GUÉRIN-SENDELBACH, *Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld*, Opladen 1999, S. 266.

⁵⁹ MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 178.

⁶⁰ Dieses Zugeständnis fiel Mitterrand um so leichter, als diese Regelungen die Teilnahme Frankreichs am Militär- und Verteidigungsausschuss der NATO voraussetzt, ohne dass es hierfür in die militärische Integration zurückkehren musste – eine Option, die für Mitterrand nicht in Frage kam. Vgl. Françoise de la SERRE/Christian LEQUESNE, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93*, Bonn 1993, S. 314–322, hier S. 319; WOYKE (wie Anm. 14), S. 153–155.

Nach der Zeitenwende von 1989/91 – so Pascal Boniface mit Blick auf Frankreich – wäre eigentlich mit einer „strategischen Revolution“, einem Bruch aller Kontinuitäten zu rechnen gewesen; trotz weitreichender Reform- und Änderungsvorschläge habe die französische Sicherheitspolitik aber lediglich mit diversen Anpassungen, nicht jedoch mit grundlegend neuen Ansätzen reagiert. „In diesem Bereich lehnte François Mitterrand es ab, jenen zu folgen, die ihm radikale Politikwechsel vorschlugen, um auf die fundamentalen Veränderungen im internationalen System zu reagieren. So sah er sich einerseits des Konservatismus bezichtigt (er verstehe die Veränderungen zwar, berücksichtige sie aber nicht), während andere ihn der Blindheit verdächtigten (er verstehe die Veränderungen nicht)“. „Auch wenn es paradox erscheint“ – so Boniface weiter – „kann man festhalten, dass François Mitterrands strategische Konzepte vom Untergang der UdSSR nicht fundamental betroffen wurden. Die Zielsetzungen blieben dieselben, auch wenn die Umsetzungsmodalitäten sich änderten: Verteidigung der französischen Autonomie, Stärkung des deutsch-französischen Tandems, Schaffung eines europäischen Verteidigungspfeilers, internationale Stabilität ... Insgesamt betrachtet war Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Fall der Berliner Mauer und trotz einiger Anpassungen von Kontinuität geprägt.“⁶¹ Wenn eine strategische Revolution in Frankreich nach 1989 ausblieb, so vielleicht deshalb, weil Mitterrand den Zeithorizont nach 2000 wohl doch noch nicht fest genug im Blick hatte.

4. Deutsch-französische Positionen für die GASP: Ein Neuanfang in den transatlantischen Beziehungen?

Angesichts dieser zweigleisigen NATO-Politik und den allgemeinen sicherheitspolitischen Positionen Frankreichs unter Mitterrand ergeben sich mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen nun Fragen an Deutschland bzw. an den deutsch-französischen „Motor der Integration“. In der Vergangenheit war die sicherheitspolitische Ausrichtung Frankreichs mit dem ausgeprägt transatlantischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland nicht kompatibel; deshalb hatte man weder für die USA- und NATO-Politik noch für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine gemeinsame Plattform gefunden. Konnten die teils tradierten, teils aber innovativen Strategieentwürfe aus Paris nach der Zeitenwende von 1989/90 dem deutsch-französischen Tandem zusätzliche Impulse und Gestaltungsspielräume für die Konstruktion eines neuen, nun auch sicherheits- und verteidigungspolitischen Europas eröffnen? War die Stunde des Projekts „Europe Puissance“ nun gekommen?

61 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 157–159.

4.1 Maastricht: Ein lauer Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ohne jeden Zweifel kommen dem Tandem Kohl-Mitterrand große Verdienste bei der Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses nach der Zeitenwende zu. Nicht nur gelang es ihnen im Frühjahr 1990, jene ernsthaften Spannungen im bilateralen Verhältnis zu überwinden, die man offiziell als Irritationen bezeichnete und die durch Kohls berühmtes „10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November 1989 ausgelöst worden waren; denn der Kanzler hatte dieses Programm ohne vorherige Konsultation der Partner bekanntgegeben.⁶² Beide Staatsmänner konnten durch eine Reihe gemeinsamer Briefe und Initiativen die konkreten Innovationen des Maastrichter Vertrags weitgehend präjudizieren.⁶³ Angesprochen sind hier vorrangig die deutsch-französischen Vorschläge zur Ausgestaltung der WWU, zu den Reformen am EG-Institutionengefüge und den Kompetenzerweiterungen der Gemeinschaft.⁶⁴ Zu dieser großangelegten europapolitischen Wiederbelebung gehört auch der Einstieg in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die durch den Maastrichter Vertrag in Gestalt der Schaffung einer Zweiten Säule des neuen Unionsvertrags erreicht werden konnte. Diese Innovation ist zu Recht als die Eröffnung eines äußerst

62 Das 10-Punkte-Programm sah zunächst lediglich eine deutsch-deutsche Konföderation unter Beibehaltung der doppelten deutschen Staatlichkeit vor, benannte als Ziel aber bereits „eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Weiterhin schrieb Kohl: „Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand – daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher“. Das Programm ist abgedruckt in: Europa-Archiv, Folge 4/1989, D 728–734. Inhaltlich kritisierte Mitterrand an Kohls Programm, dass es die zentralen Fragen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sowie der Rolle der Siegermächte bei der Gestaltung der Zukunft Deutschlands überging; vor allem aber fühlte er sich durch die unterlassene Konsultation brüskiert. Vgl. Ulrike KESSLER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“?*, in: Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET u.a. (Hg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Opladen 2002, S. 115–166, hier S. 129. Damit nämlich war Frankreichs Anspruch, als privilegierter Partner und als Siegermacht des 2. Weltkrieges den Vereinigungsprozess mitgestalten und kontrollieren zu können, missachtet worden. Mitterrand sah im 10-Punkte-Plan des Kanzlers auch jene Verabredung verletzt, die er anlässlich der 54. Deutsch-französischen Konsultationen vom 2./3.11.1989 in Bonn mit Kohl getroffen hatte. Damals waren Kohl und Mitterrand sich einig gewesen, dass eine eventuelle deutsche Wiedervereinigung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie voraussetze, eines Vertrages mit den vier Siegermächten bedürfe und von einem erneut bekräftigten deutschen Verzicht auf ABC-Waffen begleitet sein müsse. Vgl. Christoph LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterrand 1982–94. Medienspektakel oder Führungsinstrument?* Baden-Baden 1998, S. 163–167.

63 Die gemeinsamen Briefe vom 18.4.1990, 6.12.1990 und 14.10.1991 sind abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 221–228.

64 MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*, (wie Anm. 6), S. 97ff.

vielversprechenden und mutmaßlich identitätsstiftenden integrativen Zukunftsprojekts gelobt worden.⁶⁵

In unserem Zusammenhang gilt es jedoch, die vom deutsch-französischen Tandem stark präjudizierten GASP-Regelungen des Maastrichter Vertrags daraufhin zu überprüfen, ob sie auch eine tragfähige gemeinsame Plattform für die künftige Gestaltung der transatlantischen Beziehungen lieferten. Bekanntlich schloss Mitterrand die Anwendung der sog. Gemeinschaftsmethode auf die neu zu schaffende GASP aus und setzte – gemeinsam mit den Supranationalität-kritischen Staaten Großbritannien, Dänemark und Griechenland – letztendlich das stark intergouvernemental ausgerichtete GASP-Entscheidungssystem durch.⁶⁶ Folglich trifft jener Vorwurf, den Robert Toulemon an die gesamte französische Europapolitik seit dem Scheitern der EVG richtet, auch auf Mitterrands GASP-Position zu: Diese sei gekennzeichnet durch den „Widerspruch zwischen einem exzessiven Ehrgeiz für ein Europa, das man nicht nur stark, sondern auch unabhängig sehen möchte, und einer exzessiven Zurückhaltung, wenn es darum geht, Souveränitäten zu teilen“.⁶⁷

In der sicherheitspolitischen Dimension der GASP ging es Mitterrand im Wesentlichen darum, die traditionelle französische Zielsetzung eines „Europe Puissance“ voranzubringen, das als eigenständige Kraft in der Lage sein sollte, die US-Hegemonie auszubalancieren. Mitterrand brachte im Vorfeld von Maastricht deshalb erneut die WEU ins Spiel, die nach französischer Konzeption den bewaffneten Arm der EG bilden sollte. Für dieses Projekt konnte er auch Kanzler Kohl (sowie Italien und die Benelux-Staaten) gewinnen. Doch angesichts der Polarisierung der EU-Mitgliedstaaten zwischen WEU- und NATO-Verfechtern habe Frankreichs Fixierung auf die WEU „dem Entstehen einer gemeinsamen Politik geschadet“ und in eine „Sackgasse geführt ... Da Frankreich den integrierten Militärstrukturen der NATO nicht angehört, wurde es ... systematisch verdächtigt, die NATO in Frage stellen zu wollen; dies wiederum beraubte Frankreich der Möglichkeit, auf seine Partner zugunsten einer gemeinsamen Verteidigungspolitik einwirken zu können.“⁶⁸ Obgleich Mitterrand – wie oben ausgeführt – über keinen präzisen Plan zum Aufbau einer zur NATO konkurrierenden Verteidigungsorganisation verfügte, bewirkten solche Verdächtigungen, dass Frankreich konstant der „Sabotage“ an der Al-

65 Charlotte BRETHERTON/John VOGLER, *The European Union as a global actor*, London/ New York 1999; Elfriede REGELSBERGER, *Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993–2003*, Baden-Baden 2004; Klaus SCHUBERT/Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET (Hg.), *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*, Opladen 2000.

66 Vgl. dazu MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europäische Außenpolitik* (wie Anm. 48); REGELSBERGER (wie Anm. 65).

67 TOULEMON (wie Anm. 9), S. 584.

68 DELOCHE-GAUDEZ (wie Anm. 48), S. 128f.

lianz bezichtigt wurde. Mitterrands Doppelgleisigkeit und sein Pochen auf möglichst große Autonomie und Stärke des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO taten ein Übriges. So provozierte Frankreich den Widerspruch der USA und der meisten europäischen NATO-(Voll)-Mitglieder. Diese Vorsicht bzw. dieses Misstrauen Frankreich gegenüber fand dann auch seinen Niederschlag im Maastrichter Vertrag, vor allem in den Bestimmungen mit Verteidigungsbezügen.

Zunächst ist aber zu betonen, dass in Maastricht der Einstieg in eine Europäische Außen- und Sicherheitspolitik gewagt wurde. Hier hatten die gemeinsamen Initiativen Mitterrands und Kohls wirksame Vorarbeit geleistet, die dem deutsch-französischen „Motor der Integration“ zur Ehre gereichte. Angesprochen sind hier vor allem die Bestimmungen zur „genuinen“ Außenpolitik. Demgegenüber fällt der Einstieg in die Sicherheitspolitik deutlich verhaltener aus. Hier konnte lediglich die Vorratsbestimmung des Art. J.4 Abs. 1 EUV in die Verträge aufgenommen werden: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“ (Art. J.4 Abs.1 EUV). De facto war in Maastricht aber kaum mehr als die enge Verknüpfung zwischen der EU und der wiederbelebten WEU zu erreichen, die zum „integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ erklärt wurde (Art. J.4 Abs. 2). Weiter heißt es hier: „Die Union ersucht die Westeuropäische Union ... die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen.“

Auch die dem Maastrichter Vertrag beigefügte „Erklärung zur Westeuropäischen Union“ bestätigt das Ziel, „die WEU ... als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz [zu] entwickeln“. Hier wird eventuellen anderslautenden französischen Ambitionen klar ein Riegel vorgeschoben. So wird explizit die Bereitschaft der WEU betont, „die engen Arbeitsbeziehungen zur Allianz weiterzuentwickeln“, sowie auf der „Komplementarität zwischen der entstehenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und der Allianz“ insistiert. Außerdem trugen die NATO-Verfechter dafür Sorge, dass im Maastrichter Vertrag der NATO-Vorrang betont wurde. So hieß es in Artikel J.4 Abs. 4: „Die Politik der Union ... berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtung einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

Auch wenn der Einstieg in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu den Vertragsbestimmungen gehörte, „die am meisten den Zielen

Frankreichs in Bezug auf die Vollendung der Europäischen Union entsprechen“,⁶⁹ so bleibt doch zutreffend, dass Frankreichs ambivalentes Verhalten das Misstrauen der Partner provozierte und damit den Erfolg des Projekts GASP vor allem im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich schmälerte.

4.2 Die Grenzen des Engagements Helmut Kohls für eine europäische Sicherheitspolitik

Dieser Beitrag nimmt vor allem die französische Seite des Tandems in den Blick. Dennoch können die deutschen Positionen nicht gänzlich unerwähnt bleiben. Zunächst ist zu betonen, dass der Kanzler der deutschen Einheit den Einstieg der europäischen Integrationsgemeinschaft in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voll und ganz mittrug, ja, gemeinsam mit Mitterrand als deren Urheber zu würdigen ist. Der Kanzler, der dem von Adenauer geprägten Motto, dass nämlich die deutsche und die europäische Einheit die zwei Seiten derselben Medaille seien, verpflichtet war, befürwortete in seiner Regierungserklärung vom 22. November 1990 die „Schaffung einer echten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. „Für uns“, so Kohl, „gilt unverändert, dass das europäische Einigungswerk ohne die volle Einbeziehung der Sicherheitspolitik und langfristig der Verteidigung unvollständig bleibt.“⁷⁰ In der gemeinsamen Initiative mit Mitterrand vom 14. Oktober 1991 forderte der deutsche Kanzler „die von uns allen für notwendig erachtete Übernahme stärkerer europäischer Verantwortung auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung durch konkrete Festlegungen und institutionelle Schritte klar zum Ausdruck zu bringen“.⁷¹ Auch wird hier als Ziel der Union die „Bekräftigung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch die Durchführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf längere Sicht eine gemeinsame Verteidigung umfaßt“ genannt.

Diese Forderungen und Bekenntnisse lassen aber noch keine eindeutige Aussage darüber zu, ob und in welchem Ausmaß Kohl den Ausbau der EG/EU zu einem eigenständigen Akteur der Weltpolitik unterstützte, wobei die Frage nach der angestrebten Eigenständigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik selbstredend besonders relevant und heikel war. Verfügte der Kanzler gar über eine Blaupause zum künftigen Verhältnis Europas zu NATO und USA?

69 Françoise de la SERRE/Christian LEQUESNE, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92*, Bonn 1992, S. 327–334, hier S. 332.

70 KESSLER (wie Anm. 62), S. 154.

71 Abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 225–228.

Da die Bundesrepublik Deutschland in der gesamten Phase des Ost-West-Konflikts auf den nuklearen Schutzschild der USA angewiesen war, stellt sich diese Frage erst für die Zeit nach 1989/1990. Daher ist verständlich, dass Helmut Kohl aus bündnispolitischen Gründen die WEU-Vorstöße Mitterrands Mitte der 80er Jahre nicht sonderlich unterstützt hatte. Zwar war er – wie erwähnt – mit Frankreich eine vertiefte bilaterale sicherheitspolitische Kooperation, ein „Bündnis im Bündnis“ eingegangen und hatte dadurch der deutsch-französischen Freundschaft Tribut gezollt. Doch ließ sich dies verwirklichen, ohne die Schutzmacht US provozieren und die angestammte Brückenfunktion zwischen Paris und Washington aufgeben zu müssen.

Die Fragen „Wie halten wir es mit Amerika?“ und „Welches Ausmaß an außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Autonomie streben wir für die EU an?“ stellten sich für Deutschland folglich erst mit der Zeitenwende von 1989/90 ernsthaft. Und hier ist festzuhalten, dass Kohls Position zur Eigenständigkeit der angestrebten sicherheits- und verteidigungspolitischen Komponente der EU bis zum Ende seiner Kanzlerschaft undeutlich bzw. ambivalent blieb.⁷²

Gleichwohl gab es Anpassungen an die neue weltpolitische Lage, insbesondere in Hinsicht auf den Beitrag des vereinigten Deutschlands zu internationalen Interventionen.⁷³ Im Vorfeld des Maastrichter Vertrags trat Deutschland auch etwas offensiver für eine Stärkung der WEU ein; es engagierte sich für die weitere Präzision der Aufgaben und operativen Fähigkeiten der WEU und trug die die Eigenständigkeit Europas heraushebende Petersberg-Erklärung der WEU vollinhaltlich mit. Dabei suchte der Kanzler den auseinanderstrebenden Anforderungen der deutsch-amerikanischen und deutsch-französischen Freundschaft dadurch gerecht zu werden, dass er den Ausbau der WEU strikt im transatlantischen Rahmen verwirklichen wollte.⁷⁴ Angesichts der Zweideutigkeit Mitterrands in der Frage der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des künftigen europäischen Verteidigungspfeilers, bezogen sich die Unterschiede zwischen den deutschen und den französischen Positionen zu diesem Zeitpunkt vorrangig auf die angestrebte „Stärke des Pfeilers“.⁷⁵ Die atlantische Orientierung Deutschlands bewirkte, dass die Bundesregierung auch das NATO-Konzept der Joint combined Task-Forces mittrug. All dies befriedigte Frankreich und kam zugleich den amerikanischen Forderungen ent-

72 Marco OVERHAUS, *Deutschland und die ESVP 1998–2003. Gewollte Ambivalenz oder fehlende Strategie?*, in: Sebastian HARNISCH/Christos KATSIOLIS/Marco OVERHAUS (Hg.), *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Baden-Baden 2004, S. 37–58, hier S. 45.

73 MAULL, *Die prekäre Kontinuität* (wie Anm. 2), S. 428; Gregor SCHÖLLGEN, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 2004, S. 63ff.

74 OVERHAUS (wie Anm. 72), S. 44f.

75 WOYKE (wie Anm. 14), S. 158.

gegen, die ein ausgewogeneres verteidigungspolitisches *burden sharing* verlangten. Zugleich verfolgte man in Bonn mit der WEU-Stärkung und dem Ansatz zu einer ESVI das Ziel, die Annäherung Frankreichs an die NATO zu befördern und zu verstetigen – was ja auch gelang. Die deutsche Politik ist mithin auch zweigleisig, wenn auch in einem anderen Sinne als die französische: Sie versucht weiterhin den traditionellen „Spagat“ zwischen Washington und Paris aufrechtzuerhalten. In der Tat hielt Kanzler Kohl bis zu seinem Abgang 1998 an der tradierten bundesdeutschen Brückenfunktion zwischen Washington und Paris fest und unterließ alles, was die Schutzmacht USA hätte irritieren können.⁷⁶ Ein deutsches Streben nach sicherheits- und verteidigungspolitischer Autonomie à la française aber hätte mit Sicherheit zu transatlantischen Spannungen geführt. Obgleich Kohl das internationale Engagement des wiedervereinigten Deutschlands sukzessive ausweitete, überschritt er deshalb nie diese Schwelle; europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik war für ihn ausschließlich als europäischer Pfeiler innerhalb der NATO denkbar.

Die Zweigleisigkeit der Kohlschen Sicherheitspolitik lässt sich exemplarisch an den deutschen Positionen zum Eurokorps aufzeigen: Mit dem Aufstellungsbeschluss vom Mai 1992 gaben Mitterrand und Kohl der im Maastrichter Vertrag stark aufgewerteten WEU erstmals Truppen zur konkreten Erfüllung militärischer Missionen an die Hand und ließen damit ihren gemeinsamen Appellen zur Stärkung der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit Taten folgen. Anders als Frankreich aber trat Deutschland massiv für die NATO-Assignierung des Eurokorps im SACEUR-Abkommen ein.⁷⁷ Gleichwohl ist die Neuausrichtung deutscher Sicherheitspolitik, wie im Eurokorps-Abkommen materialisiert, nicht zu unterschätzen. Denn es ist das erste Abkommen, in dem Deutschland „seine Sicherheitspolitik nicht mehr allein auf die NATO ausrichtet ... Die Beteiligung am Eurokorps bedeutete für Deutschland ... einen Schritt aus seiner politischen Selbstblockade.“ Woyke nennt auch gleich den zentralen, den ausschlaggebenden Grund, der dieser bedeutenden Novität zu Grunde liegt: „Deutschland hat mit dem Eurokorps die 1990 drohende Re-Nationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vermieden. Die Einbindung Frankreichs in diesen militärischen Großverband war der Bundesrepublik so wichtig, dass sie sogar bereit war, einen schwerwiegenden Konflikt mit den USA und anderen NATO-Verbündeten einzugehen und durchzustehen.“⁷⁸

Dieser Widerstand „anderer NATO-Verbündeter“, sprich vornehmlich Großbritanniens, gegen jegliches europäische Autonomiebestrebens bewirkte letztendlich aber auch, dass die verbleibenden, latenten Divergenzen, die im

76 SCHÖLLGEN (wie Anm. 73), S. 55–76.

77 MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 136.

78 WOYKE (wie Anm. 14), S. 156.

deutsch-französischen Tandem hinsichtlich der Stärke und Selbständigkeit eines Europas der Sicherheit bestanden, sich trefflich hinter der britischen Totalblockade verbergen ließen.⁷⁹ Denn diese NATO-Verbündeten sorgten – wie oben erwähnt – im Maastrichter Vertrag dafür, dass Europas neuer sicherheits- und verteidigungspolitischer Pfeiler strikt im Rahmen der NATO und in Komplementarität zu dieser verblieb.

4.3 Amsterdam: Noch keine deutsche Richtungsentscheidung erforderlich

Wenn der „Motor der Integration“ ab 1995 auch unter dem Tandem Kohl-Chirac seine Aufgaben erfüllen und den Partnerstaaten gemeinsame Vorschläge zur weiteren Vertiefung der Integration unterbreiten konnte, dann ist zu beachten, dass dies auf der Basis dieser restriktiven Voraussetzungen geschah. In der Tat basieren die GASP-Fortschritte des Amsterdamer Vertrages weitestgehend auf deutsch-französischen Initiativen, die von Kanzler und Staatspräsident sowie von den beiden Außenministern gemeinsam vorgelegt wurden.⁸⁰ So steht hinter dem neugeschaffenen Amt des Hohen Vertreters für die GASP sowie der ihm zugeordneten Analyse- und Frühwarnereinheit – heute unter dem Begriff *Policy Unit* bekannt – ein ausgefeilter deutsch-französischer Kompromiss. Und auch die wichtige Innovation der konstruktiven Enthaltung, wie in Art. 23 EUV fixiert, geht auf gemeinsame deutsch-französische Vorschläge zurück.⁸¹ Kurz: der „Motor der Integration“ ebnete den Weg zu größerer Kohärenz in der genuinen EU-Außenpolitik.

Mit Blick auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte der GASP waren die Ergebnisse der Amsterdamer Vertragsreform angesichts des anhaltenden Widerstands „anderer NATO-Verbündeter“ zwangsläufig bescheidener. In ihrem Brief vom 9. Dezember 1996 hatten Kohl und Chirac eine „stufenweise Annäherung einer operativ gestärkten WEU an die Europäische Union mit dem Ziel ihrer schrittweisen Integration in die Europäische Union“ gefordert. Als „ersten Schritt“ schlugen sie die Einfügung einer all-

79 Diese Divergenzen erschließen sich besonders deutlich durch einen Vergleich der 1994 nahezu zeitgleich erschienenen Weißbücher zur Sicherheitspolitik; vgl. dazu Simone WESKE, *Deutschland und Frankreich – Motor einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?* Baden-Baden 2006, S. 62ff. Zu den impliziten und expliziten Meinungsverschiedenheiten im 1997 veröffentlichten „Gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskonzept“ vgl. WOYKE (wie Anm. 14), S. 163–165; Michael MEIMETH, *Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3–4 (2003), S. 21–30.

80 Die Briefe von Kohl und Chirac vom 6.12.1995 und 9.12.1996 sowie die gemeinsamen Dokumente von Kinkel und de Charette bzw. Védrine sind abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 237–259.

81 EBD. S. 231, 238–240; MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 175ff.

gemeinen politischen Bündnisverpflichtung in die Verträge, „die unterhalb der Schwelle einer militärischen Beistandsklausel liegen sollte“, sowie die Verankerung der Petersberg-Aufgaben der WEU im neuen Unionsvertrag vor. Doch in Amsterdam 1997 ließ sich lediglich die Übernahme der Petersberg-Aufgaben erreichen, die jene „regionale Entgrenzung der militärischen Aufgaben der WEU“ brachte, die Frankreich schon immer gewollt hatte, weil es darin zumindest eine deklaratorische Gleichstellung von WEU und NATO sah.⁸² Die Fusionspläne von EU und WEU aber sowie eine Bündnisverpflichtung scheiterten am Widerstand Großbritanniens, Dänemarks und Irlands. Aber auch die drei neuen EU-Mitglieder der 1995er Erweiterung – alle mehr oder weniger neutral – bremsten. Auf Drängen Tony Blairs hin wurde der Verweis auf die NATO-Mitgliedschaft einiger Staaten im einschlägigen Art. 17 EUV sogar noch verstärkt.⁸³ Während die Maastrichter Formulierung lediglich an die „Verpflichtung einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag“ erinnerte, hieß es nun, dass die Politik der Union „die Verpflichtungen einiger Mitgliedsstaaten“ achtet, „die ihre gemeinsame Verteidigung in der NATO verwirklicht sehen“.

Gleichwohl blieben die Schockwellen des europäischen Versagens vor der Haustür, d.h. in Jugoslawien, nicht ganz ohne Folgen. Denn die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen, dass die WEU, bereits seit Maastricht ein „integraler Bestandteil der Entwicklung der Union“, dieser nun den Zugang „zu einer operativen Kapazität“ eröffnen sollte (Art. 17 Abs.1 EUV). Zusammen mit der Übernahme der Petersberg-Aufgaben in Art. 17 Abs. 2 EUV lässt sich folglich von einer „Aufwertung der sicherheitspolitischen Dimension“ der EU sprechen,⁸⁴ eine Aufwertung, die allerdings weitgehend in die Hände des Europäischen Rats gegeben wurde, heißt es nun doch, dass zur GASP auch „die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ... gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt“ (Art. 17 Abs. 1 EUV). War dies ein erster Hinweis auf den bevorstehenden Politikwechsel Tony Blairs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

5. Die ESVP kommt – aber erst nach der Ära Kohl

Im Dezember 1998 in St. Malo nahm Tony Blair einen spektakulären Politikwechsel vor; die wichtigste Passage der gemeinsamen britisch-französischen

⁸² Vgl. MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 175.

⁸³ Vgl. DELOCHE-GAUDEZ (wie Anm. 48), S. 128.

⁸⁴ Franco ALGIERI, *Von der Macht der Zeitumstände und der Fortführung eines integrationspolitischen Projekts. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Verfassungsvertrag*, in: Werner WEIDENFELD (Hg.), *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 205–227, hier S. 207.

Erklärung lautet: “The European Union needs to be in a position to play its full role on the international stage [and] the Union must have the capacity for autonomous action.”⁸⁵ Damit wurde die Tür zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgestoßen.⁸⁶ Nach St. Malo ließ sich der Einstieg in die ESVP in der Tat sehr zügig verwirklichen; HV Javier Solana spricht in diesem Zusammenhang gerne von „Lichtgeschwindigkeit“. Die zentralen Entscheidungen hierzu wurden vom Europäischen Rat in Pörtschach, Köln und Helsinki getroffen – nach dem Ende der Ära Kohl.

Somit blieb es Kanzler Kohl und den beiden deutsch-französischen Tandems seiner Zeit versagt, diese fundamentale Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses einzuleiten. Sie konnten lediglich zahlreiche Vorarbeiten und Weichenstellungen vornehmen, die der zügigen Schaffung der ESVP ab 1999 dann zugute kamen. In der Amtszeit Helmut Kohls kam es folglich nicht zum Schwur über die Eigenständigkeit europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mithin bleibt es der Spekulation anheim gestellt, ob Kanzler Kohl tatsächlich jemals bereit gewesen wäre, das Projekt „Friedensmacht Europa“,⁸⁷ das inzwischen zum neuen Kristallisationspunkt der europäischen Integration avanciert ist, engagiert mitzugestalten.

85 Die Erklärung von St. Malo ist abgedruckt in: *Chaillot Papers*, Nr. 47, Paris May 2001, S. 8–9.

86 Vgl. HOWORTH (wie Anm. 10); Emil KIRCHNER, *British perspectives on EFSP and ESDP*, in: MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europäische Außenpolitik* (wie Anm. 48), S. 41–56; Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *The big Member States' influence on the shaping of Europe's international role*, in: DIES. (Hg.), *The future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement*, Baden-Baden 2006, S. 25–53, hier S. 44ff.

87 Zum Begriff und Konzept „Friedensmacht Europa“ vgl. Hans-Georg EHRHART, *Leitbild Friedensmacht? Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung*, in: DERS. (Hg.), *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden 2002, S. 243–257 und DERS., *What model for ESDP* (Chaillot Papers Nr. 55, Institute for Security Studies), Paris 2002. Der Begriff wurde ursprünglich von der rot-grünen Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer geprägt und bedeutet eine nicht unerhebliche Abwandlung des französischen „Europe-Puissance“-Konzepts; vgl. dazu Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Deutsch-französische Beziehungen und das Projekt „Friedensmacht Europa“*, in: Renate GRASSE/Wilhelm NOLTE/Peter SCHLOTTER (Hg.), *Berliner Friedenspolitik: Militärische Transformation – Zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden 2007 (im Druck); DIES., *Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Erweiterung und Finalität – Dilemmata des europäischen Integrationsprozesses*, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, Februar 2007, S. 121–126.